

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Blank, Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Klaus W. Lippold, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Hans-Joachim Hacker, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5416 –**

Attraktivität des Wassertourismus und des Wassersports stärken

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Hans-Michael Goldmann, Detlef Parr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4061 –**

Sport- und Freizeitschifffahrt in Deutschland erleichtern

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Potenziale für den Wassertourismus und den Wassersport sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Angesichts des boomenden Wassertourismus und der Attraktivität der Angebote ausländischer Wettbewerber ist es notwendig, geltendes Recht kontinuierlich zu aktualisieren und zu modernisieren. Wassertourismus und Wassersport sollen unter Beachtung der Sicherheitserfordernisse attraktiver gemacht werden, indem nicht mehr zeitgemäße Regeln angepasst oder aufgehoben werden. Bei der Erarbeitung neuer Vorschriften soll die Orientierung an der Praxis im Vordergrund stehen. Die zielgerichtete Aktualisierung von Gesetzen bedarf einer klaren Datengrundlage in Form einer Unfallstatistik, in der Unfälle mit Sportbooten gesondert aufgeführt werden. Durch die Auslastung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist nicht immer gesichert, dass Bootszeugnisse rasch ausgestellt werden können.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der vor allem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, so schnell wie möglich das erfolgreiche Modell des Charterscheins auf weitere gefährdungsarme Strecken auszudehnen und die führerscheinfreien Reviere zu touristisch und wirtschaftlich interessanten Streckennetzen zu verknüpfen, dies gegebenenfalls auch unter Einbeziehung kurzer, mäßig befahrener Strecken von Wasserstraßen der Berufs- und Verkehrsschifffahrt; unter Berücksichtigung in-

ternationaler Erfahrungswerte zu überprüfen, ob eine Bindung der Mindestausrüstungsstandards für Sportboote, insbesondere Charteryachten, an das jeweilige Fahrtgebiet anstatt an die Schiffsgröße sinnvoll ist; des Weiteren einen über die 5-PS-Regelung hinausgehenden unregulierten Einstiegsbereich in die Sport- und Freizeitschifffahrt zu definieren; die amtlichen Bootsführerscheine Binnen und See zu einem allgemeinen amtlichen Bootsführerschein (AAB) zusammenzufassen; die Ausbildung und Prüfung zum AAB stärker auf relevante praktische Grundfähigkeiten abzustellen und im Sinne eines modularen Aufbaus des Systems die Ausbildungsverpflichtungen bei vorhandenen praktischen Vorkenntnissen zu reduzieren und in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu diesen Fragen alle interessierten Kreise und Verbände einzubeziehen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Es soll unter anderem eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Erhöhung des Sicherheitsbewusstseins in der Sportschifffahrt initiiert werden; alle die Sportschifffahrt betreffenden Gesetze und Verordnungen sollen jeweils frühzeitig auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) veröffentlicht werden; es soll eine zentrale Unfalldatenbank erstellt werden, in der die Unfälle mit Sportbooten gesondert erfasst werden; bei der Erarbeitung der Trinkwasserverordnung DIN 2001 sollen die besonderen Bedingungen bei der Vercharterung von Booten berücksichtigt werden; durch die Zulassung privater Besichtigter sollen die Wasser- und Schifffahrtsämter bei der Erteilung von Bootszeugnissen entlastet werden; die Rechtsvorschriften über die Sport- und Freizeitschifffahrt im Seebereich sollen zusammengeführt werden; Zulassungskriterien und Prüfungsinhalte für den Erwerb eines Sportbootführerscheins sollen grundsätzlich überprüft werden, wobei der Praxisanteil erhöht und der theoretische Teil reduziert werden sollen. Die Prüfungsinhalte der unterschiedlichen Führerscheine sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Prüfungsfragen sollen im Multiple-Choice-Verfahren gestellt werden; die Einbeziehung des Sachkundenachweises für pyrotechnische Signalmittel in Form einer Einweisung in die Prüfungsinhalte für die amtlichen Sportbootführerscheine soll geprüft werden; ein freiwilliges Weiterbildungsangebot der Ausbildungsstätten soll weiterhin unterstützt werden; die Einführung einer Kennzeichnungspflicht im Seebereich analog zum Binnenbereich soll geprüft werden, wobei dem bürokratischen und finanziellen Aspekt große Bedeutung beigemessen werden soll; Fragenkataloge zum Erhalt der Funkzeugnisse sollen auf für die Handhabung des Funkverkehrs notwendige Fragen begrenzt werden; bestehende verbindliche Ausrüstungsstandards sollen überarbeitet werden und durch eine Informationskampagne die Einhaltung der freiwilligen Sicherheitsstandards gefördert werden; es soll überprüft werden, wie eine Versorgung der Sportboote mit Dieseltreibstoff in solchen Regionen erleichtert werden kann, in denen es zu unzumutbaren Versorgungsengpässen gekommen ist.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5416 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4061 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Zu Nummer 1

Ablehnung

Zu Nummer 2

Annahme

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/5416 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/4061 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Renate Blank
Berichterstatlerin

Patrick Döring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Renate Blank und Patrick Döring

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5416** in seiner 100. Sitzung am 24. Mai 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Er hat den Antrag auf **Drucksache 16/4061** in seiner 82. Sitzung am 1. März 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Erhöhung des Sicherheitsbewusstseins in der Sportschiffahrt zu initiieren. Alle die Sportschiffahrt betreffenden Gesetze und Verordnungen sollen jeweils frühzeitig auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung veröffentlicht werden; es soll eine zentrale Unfalldatenbank erstellt werden, in der die Unfälle mit Sportbooten gesondert erfasst werden; bei der Erarbeitung der Trinkwasserverordnung DIN 2001 sollen die besonderen Bedingungen bei der Vercharterung von Booten berücksichtigt werden; durch die Zulassung privater Besichtigter sollen die Wasser- und Schifffahrtsämter bei der Erteilung von Bootszeugnissen entlastet werden; die Rechtsvorschriften über die Sport- und Freizeitschiffahrt im Seebereich sollen zusammengeführt werden; Zulassungskriterien und Prüfungsinhalte für den Erwerb eines Sportbootführerscheins sollen grundsätzlich überprüft werden, wobei der Praxisanteil erhöht und der theoretische Teil reduziert werden sollen, die Prüfungsinhalte der unterschiedlichen Führerscheine sollen besser aufeinander abgestimmt werden, Prüfungsfragen sollen im Multiple-Choice-Verfahren gestellt werden; die Einbeziehung des Sachkundenachweises für pyrotechnische Signalmittel in Form einer Einweisung in die Prüfungsinhalte für die amtlichen Sportbootführerscheine soll geprüft werden; ein freiwilliges Weiterbildungsangebot der Ausbildungsstätten soll weiterhin unterstützt werden; die Einführung einer Kennzeichnungspflicht im Seebereich analog zum Binnenbereich soll geprüft werden, wobei dem bürokratischen und finanziellen Aspekt große Bedeutung beigemessen werden soll; Fragenkataloge zum Erhalt der Funkzeugnisse sollen auf für die Handhabung des Funkverkehrs notwendige Fragen begrenzt werden; bestehende verbindliche Ausrüstungsstandards sollen überarbeitet werden und durch eine Informationskampagne die Einhaltung der freiwilligen Sicher-

heitsstandards gefördert werden; es soll überprüft werden, wie eine Versorgung der Sportboote mit Dieseltreibstoff in solchen Regionen erleichtert werden kann, in denen es zu unzumutbaren Versorgungsengpässen gekommen ist. Die für die vorgeschlagenen Maßnahmen erforderlichen Haushaltsmittel sollen durch Umschichtung innerhalb der betroffenen Einzelpläne bereitgestellt werden.

Zu Nummer 2

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, so schnell wie möglich das erfolgreiche Modell des Charterscheins auf weitere gefährdungsarme Strecken auszudehnen und die führerscheinfreien Reviere zu touristisch und wirtschaftlich interessanten Streckennetzen zu verknüpfen, dies gegebenenfalls auch unter Einbeziehung kurzer, mäßig befahrener Strecken von Wasserstraßen der Berufs- und Verkehrsschiffahrt; unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungswerte zu überprüfen, ob eine Bindung der Mindestausrüstungsstandards für Sportboote, insbesondere Charteryachten, an das jeweilige Fahrtgebiet anstatt an die Schiffsgröße sinnvoll ist; des Weiteren einen über die 5-PS-Regelung hinausgehenden unregulierten Einstiegsbereich in die Sport- und Freizeitschiffahrt zu definieren; die amtlichen Bootsführerscheine Binnen und See zu einem allgemeinen amtlichen Bootsführerschein (AAB) zusammenzufassen; die Ausbildung und Prüfung zum AAB stärker auf relevante praktische Grundfähigkeiten abzustellen und im Sinne eines modularen Aufbaus des Systems die Ausbildungsverpflichtungen bei vorhandenen praktischen Vorkenntnissen zu reduzieren und in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu diesen Fragen alle interessierten Kreise und Verbände einzubeziehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5416 in seiner 44. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen

der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/4061 in seiner 33. Sitzung am 28. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/4061 in seiner 36. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf den Drucksachen 16/5416 und 16/4061 in seiner 42. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten.

Der Ausschussvorsitzende gab bekannt, dass ihm aus Anlass der Beratung der Vorlage im Ausschuss vor der Ausschusssitzung von der Zeitschrift „Yacht“ eine von ca. 10 000 Petenten unterzeichnete Petition gegen zusätzliche Regulierungen im Bereich des Wassersports übergeben worden ist.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bemerkte, dass beide Anträge nicht sehr weit auseinander lägen. Die Fraktion der FDP habe eine Reihe von Ansätzen, welche in den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD bereits sei längerem entwickelt worden seien, mit ihrem Antrag aufgegriffen. Die Deregulierungsforderungen in dem Antrag der Fraktion der FDP seien aber sehr weitreichend. Ob diese realisierbar seien, sei die Frage. Die Ausdehnung der Charterschein-Regelung sei zwar grundsätzlich zu begrüßen, sie bedürfe aber einer eingehenden Prüfung. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD beinhalte hingegen das politisch Machbare. Gemeinsames Ziel sei es, die Sport- und Freizeitschiffahrt in Deutschland zu erleichtern und den Was-

sertourismus zu fördern. Diesbezüglich solle man nun einen Anfang machen. Sie sprach sich aus Sicherheitsgründen für eine Kennzeichnungspflicht für Sportboote auf See aus. Weiterhin sprach sie sich für eine Deregulierung im Wassersport in einem sinnvollen Maße aus, ohne dass dadurch die Sicherheit beeinträchtigt werde.

Die **Fraktion der SPD** wies auf die großen Potenziale des Wassertourismus hin. Es sei das Ziel, die Attraktivität des Wassertourismus durch Deregulierung zu erhöhen. Erforderlich sei es, die Notwendigkeit bestehender Regelungen unter Beachtung der Sicherheitsanforderungen stetig zu überprüfen. Diesbezüglich sehe sie noch Handlungsbedarf, weshalb man den vorliegenden Antrag eingebracht habe, der deutlich machen solle, was das Parlament in diesem Bereich wolle. Ein Leitbild des Antrags sei es, keine neuen Regelungen vorzusehen, sondern möglichst viel auf freiwilliger Basis zu erreichen. Bezüglich der Frage einer Kennzeichnungspflicht für Sportboote im Bereich der See sprach sie sich für eine ergebnisoffene Überprüfung aus. Weiterhin sprach sie sich gegen neue Regelungen im Bereich des Wassersports aus, aber für eine Zusammenfassung bestehender Regelungen. Eine Zusammenführung der Führerscheine für Binnengewässer und See, wie sie in dem Antrag der Fraktion der FDP gefordert werde, schrecke wegen des erweiterten Prüfungstoffes Einsteiger eher ab. Die Forderung des Antrags der Fraktion der FDP nach einer Ausdehnung der Charterschein-Regelung gehe zu weit; es müsse aus Sicherheitsgründen immer eine Prüfung im Einzelfall stattfinden.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, dass sich der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD teilweise mit ihrem Antrag decke. Kritisch sehe sie in dem Antrag der Fraktionen vor allem den Auftrag zur Prüfung einer Kennzeichnungspflicht für Sportboote auf See. Auch bezüglich der in dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD enthaltenen Aufforderung zur Überarbeitung der Trinkwasserverordnung und zur Überprüfung der Ausrüstungsstandards sei man skeptisch. Sie bedaure auch, dass der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD das Thema der Änderung der Gültigkeit der Sportbootführerscheine See nicht anspreche. Sie kritisierte, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Bereich des Wassersports immer neue Regulierungen anstrebe und begrüßte, dass auch die Koalitionsfraktionen dies nicht akzeptieren würden. Weiterhin kritisierte sie, dass Vorschläge für neue Regelungen im Bereich des Wassersports im Zusammenwirken zwischen Mitarbeitern des Bundesministeriums und interessengeleiteten Verbänden erarbeitet würden. Hier habe sich etwas verselbständigt. Sie sei daher skeptisch, ob die in dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorgesehenen Prüfungen tatsächlich ergebnisoffen durchgeführt würden. Sie forderte, im Ausschuss mit allen Betroffenen Gespräche zu führen, sobald der Bericht zur Umsetzung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorliege.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bekundete, auch ihr Anliegen sei es, den Zugang zur Freizeitschiffahrt zu erleichtern, soweit keine Sicherheitsbedenken entgegenstünden. Sie sei auch dafür, Bürokratie abzubauen. Als problematisch sehe sie es an, dass der Antrag der Fraktion der FDP die bestehende 5-PS-Regelung aufweichen wolle. Die Forderungen in dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD betrachte sie zwar als sinnvoll, sie sei aber der Auffassung,

dass eine Schadensfallstatistik vorher erstellt werden solle. Neue Regelungen sollten im Zusammenwirken mit der Praxis auf ihre Relevanz überprüft werden. Daher werde sie sich bezüglich des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, eine Reihe von Ansätzen in dem Antrag der Fraktion der FDP sehe sie positiv. Eine Vereinfachung bestehender Regelungen sei dringend notwendig. Die Ausdehnung der Charter-schein-Regelung auf bestimmte gefährdungsarme Gewässer werde von ihr befürwortet. Sie sprach sich auch für eine praxisnähere Ausbildung aus. Abgelehnt werde von ihr aber die Zusammenführung der Sportbootführerscheine Binnen und See. Der Schwerpunkt liege bei den Sportbootführerscheinen für Binnengewässer und es sei nicht einzusehen, weshalb jemandem, der nur einen solchen Führerschein anstrebe, der erhebliche zusätzliche Aufwand für die Erlangung eines Sportbootführerscheines für den Bereich der See abverlangt werden solle. Auch den Vorschlag, die Ausrüstung eines Schiffes künftig an Fahrgebiete und nicht mehr an die Schiffsgröße anzupassen, lehne sie ab. Einer Änderung im Bereich der 5-PS-Regelung stehe sie kritisch gegenüber. Dies könne nicht nur zu einem höheren Gefährdungspotenzial auf bestimmten Gewässern führen, sondern es sei auch unter Umweltgesichtspunkten problematisch. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang an die Probleme, welche sich aktuell beim Berliner Landwehrkanal durch Wellenschlag ergeben hätten.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/5416 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Er hat den Antrag auf Drucksache 16/4061 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Berlin, den 13. Juni 2007

Renate Blank
Berichterstatlerin

Patrick Döring
Berichterstatler

